

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt a.M., Bettinastr. 64, Tel.: 77178/77906
 Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung
 Postscheckkonto: Frankfurt a.M. 39967 - Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a.M. 125739 beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 91, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a.M., 13. Mai 1949

Seite 1

Tagung der Handwerker.

Wirtschaftspolitik

Etwa 50 Handwerker der CDU/CSU hatten sich in Königswinter zu einer Arbeitstagung eingefunden. Das Referat von Frau Prof. Beckmann vom deutschen Handwerksinstitut gab zu der Feststellung Anlass, dass die Einführung der völligen Gewerbefreiheit in der amerikanischen Zone im Ausland Befremden hervorgerufen habe.

Oberdirektor Dr. Pünder gab einen kurzen Bericht über die Arbeit des Wirtschaftsrates und verprach den Handwerkern weitgehende Unterstützung. Die Abgeordneten Dr. Lehr und Th. Kaufmann berichteten ausführlich über die letzten Ereignisse in Bonn und über die Tätigkeit des Parlamentarischen Rates im allgemeinen, der bei allen Anwesenden ungeteilten Beifall fand.

Den zweiten Tag der Tagung leitete eine allgemeine Aussprache über die Fragen "Errichtung von Wirtschaftskammern" und "Gewerbefreiheit in der US-Zone" ein. Dabei war man sich allgemein darüber einig, dass ein Wirtschaftskammergesetz dem Bund vorbehalten bleiben müsse und nicht durch die Länder erlassen werden könnte. Dr. Holzappel sprach über "Aufgabe und Arbeit des Wirtschaftsrates". Zwei Hauptaufgaben stellte er dabei besonders heraus: 1) den kranken Wirtschaftskörper wieder in Gang bringen, 2) auf längere Sicht arbeiten. Im Besonderen wies Dr. Holzappel auf die Notwendigkeit einer Steuerherabsetzung und auf die Wichtigkeit des Exportes hin, bei dem das Handwerk als die moderne Betriebsform, eine besondere Aufgabe habe. Über die Wirtschaft stehe der Mensch, und gerade hier sei das Handwerk mit seiner stärkeren Betonung der Einzelpersönlichkeit ein entscheidender Schutzwall gegen alle Vermassungsbestrebungen.

Zum Schluss der Tagung wurde die Frage erörtert, wie die Handwerker der CDU/CSU stärker in die Parteiarbeit eingeschaltet werden können. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus dem Nebeneinander von Politik und Geschäft, da ein Handwerksbetrieb die volle Arbeitskraft des Meisters benötigt. Nach einer längeren Aussprache einigte man sich auf den Vorschlag, dass die nächste Handwerkertagung erst nach der Wahl zum Bundestag stattfinden soll. Bis dahin sollen die Abgeordneten Günther und Flörl weiterhin die Verbindung zum Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft aufrecht erhalten. Die Verbindung zu den Abgeordneten Günther und Flörl soll durch Landesverbandsvertreter gesichert werden. Man hofft auf diese Weise die Handwerker innerhalb der CDU/CSU zu einer festeren Organisation zusammenschließen zu können. Es besteht jedoch Übereinstimmung darüber, dass die Handwerker innerhalb der Landesverbände vor den Bundeswahlen zusammentreten müssen, um zur Aufstellung der Kandidaten Stellung zu nehmen.

Zusammenschluss der Wirtschaftsausschüsse.

Wirtschaftspolitik

Auf einer Sitzung des Arbeitsausschusses des CDU-Wirtschaftsausschusses

ses für den Reg. Bez. Köln sprach Direktor Greiss über Zweck und Ziele des kürzlich gegründeten Bundes katholischer Unternehmer. Im Verlaufe der Sitzung wurde die Schaffung regionaler Wirtschaftsausschüsse als notwendig bezeichnet, die in einem Dachausschuss zusammengefasst werden sollen. Unentschieden blieb, ob dieser Dachausschuss auf der Ebene der Zone oder des künftigen Bundesstaates gebildet werden soll. Zunächst ist innerhalb der Landesverbände an die Schaffung von Landeswirtschaftsausschüssen gedacht, die sich auf die für einzelne Bezirke der Landesverbände bereits gebildeten Wirtschaftsausschüsse stützen sollen. Der nächsten Sitzung des Zonenausschusses für die britische Zone sollen entsprechende Anträge vorgelegt werden. Ausserdem sollen die unter Federführung von Rechtsanwalt Etzel von einem Sachverständigen-Gremium ausgearbeiteten "Wirtschaftspolitische Leitsätze der CDU/CSU" der nächsten Zonenausschusssitzung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ein Zusammenschluss von Wirtschafts- und Sozialausschüssen wurde wegen der getrennten Aufgabengebiete nicht für zweckmässig erachtet, doch wurde eine vertrauensvolle Zusammenarbeit als notwendig bezeichnet.

Eine Zweckmeldung - und die Antwort darauf.

Aus der Union

Die "Bayerische Landeszeitung" veröffentlichte am 6. Mai 1949 folgende Notiz:

"CSU in Finanznöten"

In der Landesleitung der CSU wurde allen Angestellten, sowohl den Sachbearbeitern, wie den Hilfskräften zum 31. Mai gekündigt. Diese Massnahme geht auf die als Dauerzustand längst bekannte Ebbe in den Parteikassen zurück, die in erster Linie eine Folge des mangelnden Vertrauens der bayerischen Wirtschaft zur politischen Haltung der CSU ist.

Die Landesleitung der CSU stellt hierzu fest:

"Im Zuge einer Neuorganisation und vor allem einer Neufestsetzung der einzelnen Gehälter musste entsprechend den arbeitsrechtlichen Vorschriften eine vorsorgliche Kündigung sämtlicher Angestellten ausgesprochen werden, da sonst der Abschluss neuer Verträge unter neuen Gehaltsbedingungen nicht möglich wäre. Die Massnahme ist in erster Linie dadurch notwendig, 1. weil die einzelnen Gehälter nach der Währungsreform nicht mehr den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland entsprechen, 2. weil ein gerechter Ausgleich zwischen den einzelnen Abteilungen im Sinne gleicher Bezahlung für gleiche Leistung notwendig war."

Kommunistische Ausfälle

Aus den Parteien

Die Fraktion der KPD im Landtag Rheinland-Pfalz versuchte durch Berufung auf Paragraphen der Geschäftsordnung die 2. und 3. Beratung über das Landesgesetz zur Änderung des Gesetzes "Notopfer Berlin" zu sabotieren. Zur Klärstellung der aufgeworfenen Frage musste sogar die Arbeit des Parlamentes unterbrochen werden und der Ältestenrat zusammentreten. Da die Kommunisten auch den Beschluss des Ältestenrates nicht anerkennen wollten und versuchten, Propagandareden zu halten, stellte die CDU den Antrag auf Schluss der Debatte. Der Sprecher der KPD erlaubte sich daraufhin die Bemerkung, "dass die KPD gegen die vom Landtag betriebene Maulkorbpolitik Widerspruch erhebe", nachdem der Antrag der CDU mit den Stimmen aller Parteien gegen die KPD angenommen war. Der Ausdruck "Maulpolitik" wurde vom Präsidenten

durch Ordnungsruf gerügt. Die 8 Abgeordneten der KPD verliessen daraufhin das Plenum - ein Beweis für ihren Willen zur sachlichen Wiederaufbauarbeit - und ermöglichten dadurch einen sachlichen und reibungslosen Ablauf der Tagesordnung.

Wie lange gedenkt der Landtag von Rheinland-Pfalz die sich immer wiederholenden Propagandamanöver der KPD hinzunehmen?

Hessen beglückwünscht Berlin.

Aus der Union

Die Hessische CDU hat dem Landesverband der CDU Berlin zur Aufhebung der Blockade folgendes Telegramm gesandt:

"Die CDU Hessens versichert dem Landesverband der CDU Berlin in dieser entscheidenden Stunde der Aufhebung der Blockade ihre treue Verbundenheit. Ihr Gruss gilt allen Deutschen in der sowjetischen Zone, besonders aber der Berliner Bevölkerung, deren tapfere Haltung für alle freiheitlich gesinnten Menschen eine Verpflichtung bedeutet."

Ein verdienter CDU-Politiker.

Personelles

Der Senior der CDU-Fraktion des niedersächsischen Landtages, Abg. Christian Blank, vollendet am 13. Mai sein 70. Lebensjahr. Der gebürtige Kölner war von 1919 bis 1929 Mitglied des Preussischen Landtages. Als Generalreferent für Tarif- und Verkehrswesen im preussischen Handelsministerium wurde er 1934 von den Nazis aus seinem Amt entfernt. Nach dem Zusammenbruch gehörte Christian Blank in Niedersachsen zu den Mitbegründern der CDU, die ihn in ihren Landesvorstand wählte und ihn auch in den Zonenausschuss entsandte. 1946 wurde er als Mitglied der CDU in den Landtag des Landes Hannover und nachher in den niedersächsischen Landtag gewählt, wo er als rühriges Mitglied in zahlreichen Ausschüssen tätig ist. Als Chefpräsident der bizonalen Postverwaltung hat er den Zusammenschluss der Postverwaltung der britischen und amerikanischen Zone und den Wiederaufbau der neuen Hauptverwaltung mit Geschick und Urlicht durchgeführt.

Sowjet-Margarine.

Ostzone

In der letzten April-Dekade wurde in Thüringen Margarine verteilt, die nur in gekochtem oder gebranntem Zustande verwandt werden konnte. Die Bevölkerung wurde von der Zentralstelle für Hygiene vor dem Genuss gewarnt, da "sonst Gesundheitsschäden nicht ausbleiben werden". Die Verpackung trägt den Hinweis: "Hergestellt aus den feinsten Ölen und Fetten der Sowjetunion".

Für internationale Verständigung.

Personelles

Frau Staatssekretär Dr. Gantenberg (CDU) vom Kultusministerium Rheinland-Pfalz hat sich auf Einladung der "Intellectuelles Catholiques" nach Paris begeben, um dort an einer Tagung teilzunehmen, die der Erörterung pädagogischer Probleme dient.

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastrasse 64
 Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US-W-2065
 Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., IV/49/600
 Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.